

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 5.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgehalte 2.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 4.00 M

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapellor 17. Fernruf 386. und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 12

Duisburg, den 25. März 1922

23. Jahrgang

Preissenkung und Wirtschaft

Die Produkte in den Schaufenstern unserer Städte sind im Monat März wiederum von neuem deforiert, d. h. mit neuen Preisen versehen worden. So ist hat sich in den Schaufenstern nichts geändert. So geht es nun mit einer laminenartigen Geschwindigkeit besonders seit Januar dieses Jahres. Kein vernünftiger Mensch wird jetzt noch behaupten wollen, daß die hohen Arbeitslöhne daran schuld seien. Man hat vielmehr den Eindruck, daß auf dem Markt sehr oft die Preise willkürlich in die Höhe geschoben werden ohne Rücksicht auf die Gesamtlage und ohne daß es durch die Geschäftslage der Werke bedingt ist. Wir wollen hier einige Wirtschaftsgebiete herausgreifen.

Bezeichnend ist das für

der Papiermarkt.

Unjere Kollegen, die wöchentlich unentgeltlich ihr Verbandsorgan erhalten, haben meistens gar keine Ahnung, ein wie großer Kostenpunkt in unserem Verbandstat das Verbandsorgan darstellt. Wir gehen nicht fehl, wenn wir für das laufende Jahr die Kosten für unsere Verbandszeitung mit mindestens 3-4 Millionen Mark in Rechnung stellen. Ob die Kollegen sich alle klar darüber geworden sind, was das für sie selbst und für die Verbandstafte bedeutet?

Die Papierpreise betragen rund das 35- bis 40fache der Friedenspreise und die Papierindustrie ist daran, die Preise auf das 50-80fache herauszuschrauben. Das hieße die Zeitungen erdrosseln. Will etwa das Papier Syndikat der Welt weismachen, als sei eine solche Steigerung der Preise bedingt durch die Erhöhung der Löhne oder die Steigerung der Herstellungskosten. Es ist bekannt, daß große Mengen Papier im Ausland hergestellt werden und der Rest zu unverantwortlich hohen Preisen im Inland abgekehrt wird. Die Zeitungen, die doch gezwungen sind, Papier zu kaufen, müssen jeden Preis bezahlen, um überhaupt Papier zu erhalten.

Selbstverwaltungskörper wie in der Eisen- und Metallindustrie, wo die Gewerkschaften die Preise mitbestimmen, kennt die Papierindustrie nicht. Die Unternehmer sind in der Papierindustrie unter sich. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob das Reichswirtschaftsministerium in der Papierindustrie, ebenso auch in der Leder- und Textilindustrie die Zügel schlesien ließe, denn sonst wären diese exorbitanten Preise gar nicht möglich.

Von noch einschneidenderer Bedeutung für unser Wirtschaftsleben aber ist die

Erhöhung der Kohlenpreise

auf den ungefähren Stand des Weltmarktpreises.

Herr Rathenau konstatierte in Cannes, daß die deutschen Kohlenpreise „ohnehin“ die Neigung hätten, sich rasch den Sägen des Weltmarktes anzupassen. Dieser Neigung und wie es heißt, einem Wunsche der Entente gemäß folgten die sonst so starken Kohlenherren überaus schnell und der Reichskohlenrat, in dem auch Verbraucher und Arbeitnehmer vertreten sind, erhöht die deutschen Kohlenpreise bis auf das Weltmarktniveau. Der kleine Abstand von rund 100 Mark hat praktisch gar nichts zu bedeuten.

Damit stehen wir vor einer neuen Wirtschaftsentwicklung, deren Folgen sich bereits auszuwirken beginnen. Die Preise an den Produktmärkten haben eine Steigerung erfahren, die weit über das Maß der Devisenteuerung hinausgeschossen ist und auch mit der Valutabewegung nicht in Einklang zu bringen ist.

Die erste Folge dieser neuerlichen Kohlenpreiserhöhung wird eine

allgemeine Preisrevolution

sein, denen sprunghaft die Löhne folgen müssen. Generaldirektor Rahn der deutschen Kalkwerke hat ausführlich dargelegt, daß hohe Kohlenpreise steigende Löhne nach sich ziehen und schließlich kein Gebiet von den aufwärtswirkenden Preisstürmen unerfaßt bleiben kann. Die Feststellung Rahns ist an und für sich nichts Neues. Beachtenswert an ihr ist freilich der Nachweis, daß nicht, wie vielfach behauptet wird, die Löhne das treibende Moment sind, sondern daß die Löhne den Preisen folgen.

Die Erhöhung der Kohlenpreise wird sich bemerkbar machen bis in die feinsten Ufern der Volkswirtschaft. Die landwirtschaftlichen Produkte werden dadurch ebenso verteuert wie die Baumaterialien. Die Industrieprodukte werden sich dem ebensowenig entziehen können wie Staatsbahn- und Schiffsahrt, was sich in erhöhten Personen- und Frachttarifen auswirken wird.

Und die Arbeiterschaft, die unteren Stände? Schon jetzt ist es eine Schwierigkeit allergrößten Ausmaßes, wenn die teuren Kohlen im Herbst eingekauft werden müssen. Die Folge wird äußerster Knappheit und Einschränkung sein, deren Wirkungen sich bitter bemerkbar machen werden.

Wir haben nun zwar einen sogenannten Gemeinwirtschaftskörper im Bergbau, den Reichskohlenrat, dessen gesamtwirtschaftliche Tendenz freilich nach dieser Kohlenpreiserhöhung sicherlich nicht gefördert und dessen Ansehen dadurch nicht zugenommen hat. Für die Arbeiterschaft ist es schließlich furchtbar unerwartet, ob sie in einem solchen Falle von der Privatindustrie getrennt oder von staatslich-gemeinwirtschaftlichen Institutionen beraten wird.

Auf der andern Seite steht dieser Kohlenpreiserhöhung absolut kein Äquivalent gegenüber. Die gefährdeten Kohlenmengen reichen auch nicht bei weitem aus, um die deutschen Wirtschaftskörper am Laufen zu halten. Besonders aus dem Siegerland und aus Süddeutschland laufen noch immer die Nachrichten ein, daß Werke aus Kohlenmangel gezwungen sind, Feuerstätten einzulegen oder ihren Betrieb ganz stilllegen. Ganz Deutschland ruft nach Kohlen. Starker mag auf den Halben manches liegen, was bei besserer Wagensetzung fortgeschafft werden könnte. Aber das ist ja auch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, wenn nicht eine

Steigerung der Produktionsmenge

stattfindet.

Jeder weiß, daß der Beruf des Bergmanns zu den anstrengendsten gehört neben dem Beruf unserer Kollegen in den Hütten- und Walzwerken, die in harter arbeit zwischen den funkenprühenden Ungeheuern stehen. Andererseits hat aber auch die Gesamtheit, besonders in den letzten drei Jahren, für die Bergarbeiter mehr getan, als für irgend einen andern Stand. Der Ruhrstreikungsverband legt Zeugnis davon ab.

Im Interesse der gesamten Volkswirtschaft wäre es daher eine unbedingte Notwendigkeit gewesen, daß der Reichskohlenrat der Kohlenpreiserhöhung ein Ausgleichsmittel gegenübergestellt hätte in Form erhöhter Produktion. Davon hat die Mitwelt selber nichts erfahren können. So fällt die Kohlenpreiserhöhung mit verdoppelter Wucht auf die Konsumenten, vor allem auf die Arbeiterschaft, die auch hier die Zehne wird bezahlen müssen, ganz abgesehen von den Wirkungen auf dem gesamten deutschen Industrie- und Handelsmarkt.

Keinen Zweig der deutschen Metallindustrie, der in diesem Gebiete nicht vertreten ist. Von der Roheisenerzeugung bis zur Herstellung der feinsten mechanischen Instrumente finden wir sämtliche Fabrikationszweige, neben gewaltigen Großbetrieben den handwerkmäßigen Kleinbetrieb. Genau so verschieden ist die wirtschaftliche Kraft und auch die Konjunkturlage der einzelnen Unternehmen, sowie die Teuerungslage in den einzelnen Orten. Es ist ein gemagtes Experiment, ohne Rücksicht auf diese Verschiedenartigkeit der Betriebe und der örtlichen Verhältnisse die gesamte Lohnregelung eines solchen Gebietes in die Zwangsjacke einer einheitlichen Regelung pressen zu wollen. Erschwerend kommt noch in Frage die Sinnlosigkeit der jetzigen Lohnregelung, welche die Festlegung eines gerechten Ausgangspunktes unmöglich macht. Die notwendige Folge einer Uniformierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse würde nichts anderes sein als eine vollständige Revolutionierung der seitherigen Lohnregelung und würde zur Ansammlung von Explosivstoff führen, der sich über kurz oder lang zum Schaden der gesamten deutschen Wirtschaft

unfehlbar entladen müßte. Auch die Arbeiterinteressen würden dabei unter die Räder kommen. Das steht auch der sozialdemokratische Reichskommissar Mehlisch ein, der in einem am 10. März im „Vorwärts“ zur Lohnfrage veröffentlichten Artikel folgendes bemerkt:

„In der Eisenindustrie sind z. B. die größten und kleinsten Betriebe mit der unterschiedlichsten Erzeugung meistens in einem Arbeitgeberverband zusammengeschlossen. Wie häufig erlebt man es nicht, daß ein Teil der Betriebe wegen Arbeitsmangel oder anderer Schwierigkeiten (Kohlenversorgung usw.) fast nur dem Zusammenbruch nahe, während ein anderer mit großem Gewinn arbeitet. In einem solchen Fall wird es sehr selten der prosperierende Teil der Unternehmungen sein, nach deren Leistungsfähigkeit die Löhne festgesetzt werden, sondern vielmehr wird die Neigung bestehen, die schlechtesten Verhältnisse zur Grundlage der Lohnbestimmung zu machen.“

Anscheinend erstrebt der sozialistische Metallarbeiterverband eine solche Wirkung, weil sie insbesondere der diesen Verband beherrschenden kommunistischen Strömung Wasser auf die Mühle treiben würde. Es ist ein Verhängnis für die deutsche Arbeiterschaft, daß man solchen Strömungen im D. M. A. immer nachgibt.

Im übrigen verstimmt das Bestreben der Nordwestlichen Gruppe gegen den klaren Beschluß der Kölner Arbeitgebertagung, welcher die gleitende Lohnregelung ja deshalb ablehnt, weil sie keine Rücksicht nimmt auf die unterschiedlichen Industrie- und Wirtschaftsverhältnisse. Auch die Konferenz der christlichen Metallarbeiter kam zu einer fast einstimmigen Ablehnung der geplanten Regelung und sie hat dadurch der Arbeiterschaft und dem deutschen Wirtschaftsleben einen großen Dienst erwiesen. Wir werden auf diese Frage noch eingehend zurückkommen.

Der reaktionäre Puffer

Es soll hier nicht die Rede sein von einem Puffer am Eisenbahnwagen oder von den sogenannten Pufferstaaten, mit denen eine liebevolle Ententehand uns umgeben hat, sondern von einer neuen „volkswirtschaftlichen“ Entdeckung, die die Mitteilungen des deutschen Industrie- und Gewerkschaftsverbandes vor einiger Zeit machte. Dieser deutsche Industrie- und Gewerkschaftsverband ist, wie er von sich behauptet, die größte und leistungsfähigste Streikentschädigungsorganisation der deutschen Industrie. Damit hat er Firma und Flagge genügend gekennzeichnet. Der große Ruhm einer Streikentschädigungsorganisation allein läßt diesen Verband doch noch nicht schlafen, er will noch weitere Lorbeeren pflücken und macht in Volkswirtschaft. Dabei gelingt ihm die „Entdeckung“ des regulierenden Puffer in der Wirtschaft und als solcher wird der staunenden Mitwelt der Stand der Arbeitgeber empfohlen.

Man höre, welche großen Aufgaben der Industrie- und Gewerkschaftsverband dem Unternehmertum zuweist:

„Um nämlich die größere Masse des arbeitenden Volkes vor überhöhten Löhnen Einzelner oder einzelner Berufsgruppen zu schützen, ist von der volkswirtschaftlichen Natur im Wirtschaftsleben ein Berufsstand als eine Art Puffer herangebildet worden, der den Zweck hat, solchen Lohnstreiberen Widerstand zu leisten; das ist der Stand der Arbeitgeber.“

Gewiß, diese wirtschaftlichen Entdeckungen sind so toll, daß man sie lächelnd auf Seite schieben könnte, aber sie zeigen deutlich, woher in manchen Kreisen des Unternehmertums der Wind weht. Der gleiche Geist des Scharfmachtentums ist es, der auch aus der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ spricht und der sich in vielen Lohnverhandlungen neuerdings breit macht. Ausgerechnet in einer Zeit, wo infolge einer grenzenlosen Preissteigerung alle Produkte in die Höhe schnellen, redet ein Unternehmerorgan von dem Berufsstand des Unternehmertums, als Puffer bei Lohnstreiberen sich zu betätigen und ist sogar der verführerischen Ansicht, daß es Pflicht und Schuldigkeit des Arbeitgebers sei, so zu handeln.

Scharfmachtentöne schlimmster Art werden herangeholt, an denen selbst Tille keine helle Freude haben würde:

Es gibt viele Arbeitgeber, die sich ihrer Pflicht nicht bewußt sind und aus Gützigkeit, Bequemlichkeit oder sonstigen Beweggründen bei Bemessung der Lohnhöhe nicht gewissenhaft verfahren und weit mehr Lohn zahlen, als nach gerechten wirtschaftlichen Grundsätzen mit Rücksicht auf die Arbeitsgruppen in anderen Orten und Erwerbszweigen gezahlt werden dürfte.

Also Arbeitgeber aus Gutmützigkeit und Bequemlichkeit, mit weichen Herzen zahlen den Arbeitern höheren Lohn, als sie beanspruchen können. Am besten bestellt man sofort eine Anzahl Diogeneslaternen, um diese Arbeitgeber zu suchen, nur steht zu befürchten, daß sie nicht gefunden werden. Wie müssen erst die Arbeitgeber nach dem Herzen des Industrie- und Gewerkschaftsverbandes aussehen? Das Aufleben der Aera Stumm scheint das erstrebenswerte Ideal dieses läßlichen Verbandes zu sein, wo jedes Gerede von „Menschenrechten in die Rumpel-

Bezirkliche Lohnregelung im rhein.-westf. Industriegebiet?

Seit einiger Zeit macht die Nordwestliche Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller Stimmung für eine einheitliche, ihren ganzen Bereich umfassende Lohnregelung. Leider ist sowohl der Deutsche sozialistische Metallarbeiterverband wie auch der Hirsch-Dunckerische Gewerkschaftsverein dieser Stimmungsmache erlegen.

Zu dieser Frage nahmen in einer am Sonntag, 12. März, in Essen stattgefundenen Konferenz die Vertrauensleute unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet Stellung. In der Konferenz wurde mit Recht hingewiesen auf die großen Gefahren eines solchen Strebens, für dessen befriedigende und gerechte Verwirklichung im Bereich der Nordwestlichen Gruppe alle Voraussetzungen fehlen. Es gibt wohl

„Kammer“ hineinbefördert wurde. Am liebsten wäre es diesem „Interessenverband“, wenn das Streikrecht endgültig begraben, das Koalitionsrecht abgeschafft, und die Arbeiterschaft zu Selbsten heruntergedrückt würde.

Kann es da Wunder nehmen, wenn die scharfmacherischen Märent dieses Schutzverbandes sich in folgenden Sätzen austoben:

„Ja selbst in die Reihen der Industriellen, in die Arbeitgeberverbände, ist von Theoretikern die Auffassung eines berechtigten und berechtigten Streiks hineingetragen worden. Meine persönliche Auffassung läßt vom Standpunkt der Arbeitgeber nur einen unberechtigten Streik zu.“

Wie muß ein solcher Ton als Ohrenschmerz in den Köpfen mancher Unternehmer klingen. Tollst als es hier geschrieben ist, kann der Herrenstandpunkt nicht herausgekehrt werden, wenn alles, was der Arbeiter zur Vertretung seiner berechtigten Interessen tut, unberechtigt ist und allein der Unternehmer im Recht ist. Das gäbe in der Tat einen seltsamen Puffer in der Wirtschaft.

Vor dem Betriebsrätegesetz, vor den Arbeitsgemeinschaften und den Selbstverwaltungskörpern empfindet selbstverständlich obengenannter Verband einen mächtigen Ekel. Da er sie aber gottseidant nicht abschaffen kann, gibt er wenigstens einige Ratschläge, wie man die Wirkungen dieser Institutionen illusorisch machen könnte.

Seine Existenznotwendigkeit sucht dieser Verband mit dem äußersten Kampf gegen alles, was Gewerkschaft heißt, zu bewahren. Typisch ist jedoch, daß diese Organe und auch gewisse Praxismodelle von Scharfmachern am besten gedeihen auf dem radikalsten Boden, wie es in Sachsen, Berlin oder an der Wasserfront der Fall ist.

Das gibt zu denken. Es ist aber auch ein Beweis dafür, daß an diesen Orten die gewerkschaftliche Arbeit unterging in Phrase und Schlagwort. Die Unternehmer sind die Ickchen, die das fürchten, das sollten sich die Radikalen gesagt lassen.

Mit dem Industriezweckverband, dessen Kontor sei wir in ein paar Strichen zeichnen, sollte sich — gerade wegen der Beziehungen dieses Verbandes — einmal ganz gründlich die Zentralarbeitsgemeinschaft befassen, denn die Tendenz dieses Scharfmacherverbandes ist alles andere als Gemeinschaftsgebanke.

Die christliche Metallarbeiterschaft hat gelernt, ihre Interessen den Interessen der Gesamtvolkswirtschaft unterzuordnen; sie muß verlangen, daß die Gegenseite von dem gleichen Gedanken beseelt ist und nicht ihren Beruf darin erblickt, reaktionärer Puffer zu sein, sondern mitzuarbeiten an der Hebung der Gesamtanlage.

Streiflichter

Wer ändern eine Grube gräbt — fällt selbst hinein! Am Schöffengericht in Siegburg wurde am 10. 3. der Bescheidungsprozess der christlichen Mitglieder des Betriebsrats der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.G. gegen dessen sozial. Obmann Josef Fierz verhandelt. 3. hatte in öffentlichem Anschlag die Mitglieder des Betriebsrates aus dem christlichen Gewerkschaften Arbeitervertreter und Kapitalistenbeiräte genannt und die Belegschaft der Werke aufgefordert aus dem christlichen in die sog. Gewerkschaften überzutreten. Am Gericht hat 3. den Wahrheitsbeweis an und lehnte einen vom Vorsitzenden angebotenen Vergleich ab. Die Beweisaufnahme ergab die Haltlosigkeit der Anschuldigungen des 3. und verurteilte ihn zu 1000 Mark Geldstrafe und sprach den Klägern die Veröffentlichungsbeugnis des Urteils in den Siegburger Zeitungen: Siegburg-Blatt und Kreisblatt, auf Kosten des Beklagten zu. Die Folge dieses Urteils ist die Veranlassung zu großen Uebertritten aus den sozialistischen in die christlichen Gewerkschaften.

Sozialistische „Sozialisierungsmethode“

Ein von sozialistischen Radikalismus in Wüstegiersdorf i. Schlef. durch Druckmittel zustande gekommener planloser Streik der Textilarbeiter stand nach wöchiger Dauer vor dem Ende. Unter Mithilfe der Regierung war in langen Verhandlungen eine Vereinbarung erzielt worden, auf Grund deren die Zustimmung über die Arbeitsaufnahme erfolgen sollte. Im Streikmittelpunkt lag auch der christlich organisierte Arbeiter H. Als man ihn fragte, wie er sich zur Arbeitsaufnahme stellte, erklärte er sich für dieselbe, da bei Weiterführung des Streiks doch nichts herauskäme. Des machte die „Arbeitsbewegung“ mündend. Sie bedachten H. mit „lieblichen“ Schimpfwörtern. Der jedoch kümmerte sich nicht darum. Als er einige Zeit nachher herausging, folgten ihm einige Genossen, stellten ihn wegen seiner Meinung zur Rede und schlugen ihm mit einem Stock darauf über den Kopf, daß er schamlos losniederbrach. Dann traktierten ihn die Selben noch mit Fußtritten. Damit nicht genug. Nachdem H. sich wieder aufgerafft hat und zu Hause kam, mußte er feststellen, daß man ihm auch keine Briefkäse mit ungerührter 500 M. „Sozialisierung“ hatte. Das waren zum weitaus größten Teil Kronenmarken, die H. übergeben waren, daneben seine Streikunterstützung. Zu behaupten ist nur, daß wenig Aussicht vorhanden ist, die Täter einer exemplarischen Bestrafung zuzuführen, da sie dem Liebhaberleben persönlich unbekannt waren.

Der Vorfall zeigt wieder einmal, zu welcher Verwilderung der Sitten das revolutionäre Erziehungsprogramm der „freien“ Gewerkschaften führt und wie nicht eine große Idee, sondern die Rente die Massen zusammenhält.

Moralische Wiederaufbauarbeit der sozialistischen Gewerkschaften

Die sozialistischen Gewerkschaften sind sich überall gleich. Weil ihr innerer Zerlegungsprozess die Ermüdung der eigentlichen Aufgaben umgänglich erschwert, versuchen sie jetzt wenigstens „Erfolge“ auf anderen Gebieten zu erringen. Aus dem Gebiete der Religion und Kirchenbesuchung haben sie sich viel Dörfer als Meister gezeigt, auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Jetzt hat sich die sozialistische Gewerkschaftsbewegung ein anderes Aufgabengebiet „angeleigt“. Nach dem Bericht der christlich-sozialen Arbeiterzeitung Wien vom 1. März 1922 bringt die „Gedächtnis“ folgenden „Abhandlung“ fertig: „Ja, bringt Kinder zur Welt, viele Kinder! Ihr sollt möglichst bleiben gegen die Grundtendenzen der Bürgerlichen. Begehr ist ihr dem nach nicht, daß die Worte der Schwärmer für kinderreiche Familien nur den Bürgerlichen zugute kommen? Begehr ist es einmal, ihr Frauen, ein Kind zu bekommen. Wir sollten uns hüten, bringt keine Kinder mehr zur Welt! Auf das das Erdgeschick zugrunde geht! ... Wir haben ja Pflichten zu erfüllen gegen diejenigen, die uns voran-

gingen und denen diejenigen, die uns nachfolgen werden. Ja, habet Kinder, aber seid vorchtig! Schafft keine neuen Hungerleider, seid keine unbedachten Geiselpfeile! Die Sache ist ernst. Wir bekämpfen den Kinderzustuch.“

Das ist eine wirklich eigenartige und bezeichnende Leistung eines Gewerkschaftsorgans. Im Interesse der Arbeiterschaft liegt es mehr, wenn die sozialistische Gewerkschaftsbewegung ihre „Moralität“ weise zu beschränken verstände. Wir haben allerdings in dieser Beziehung alle Hoffnung aufgegeben.

Der Schwindel mit der „Preisliste“

Trotzdem wir schon oft diese Neutralitätsfrage der sozialistischen Gewerkschaften ins richtige Licht gesetzt haben, möchten wir nicht verkümmern, einen beachtlichen Vorgang aus Göttingen zur Kenntnis zu geben. Die Generalversammlung der Vereinigten Gewerkschaften Göttingens hat folgenden Antrag einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung beauftragt den Kartellvorstand in Gemeinschaft mit den drei sozialistischen Parteien und dem Freidenkerbund alle Vorbereitungen zu treffen, die nötig sind, das Ziel der Errichtung einer weltlichen Schulkasse in Göttingen der baldigen Verwirklichung entgegenzuführen.“

Die „Göttinger Zeitung“ bemerkt dazu: Unter einer weltlichen Schulkasse ist im Sinne dieses Antrages zweifellos eine Konfessions- und religionslose Klasse zu verstehen.

Trotz der unverkennbaren Gebundenheit der sogenannten „freien Gewerkschaften“ an die Sozialdemokratie und ihre Ziele, gibt immer noch Arbeiter, die an die Freiheit der sozialistischen Gewerkschaften glauben. Sie müssen beteuert werden zu den christlichen Gewerkschaften. Das ist heilige Pflicht unserer Freunde.

Selbstverwaltungskörper

Metallwirtschaftsbund

Die Vollversammlung beschäftigte sich am 2. März mit der Preisfrage gegen die Außenhandelsregelung, die insbesondere von der „Hamburgischen Börse“ betrieben wird. Der Reichsbevollmächtigte der Außenhandelsstelle, Herr Generaldirektor Dr. von der Tretz, wies einleitend darauf hin, daß die von Hamburg aus vertretene Forderung, „unbeschränkte Freiheit für jeden einzelnen“ vor dem Kriege, als wir nach eine gesunde Wirtschaft hatten, zweifellos richtig gewesen sei, sich aber heute, wo wir es mit einem Kranken vor dem Schick der deutschen Produktion juridizieren müßte. Die Gegner der Außenhandelsregelung seien zwar bestrebt, das sogenannte zur Zeit bestehende System reiflos in Stücke zu schlagen, seien aber bis jetzt nicht imstande gewesen, praktische Vorschläge zu machen, Besseres an die Stelle des Bestehenden zu setzen. Eine gänzlich irrtümliche Auffassung sei es, wenn behauptet würde, daß jedes Ausfuhrgeschäft, bei dem der einzelne einen Nutzen hat, auch für die gesamte Volkswirtschaft einen Nutzen bedeute. Das sei früher richtig gewesen, treffe aber heute bei unseren Verhältnissen und den Verhältnissen aus dem Friedenskrieg (Zahlung der 20prozentigen Abgabe von der Ausfuhr) in einer Weise zu. In der Außenhandelsstelle der Metallwirtschaft (Metallwirtschaftsbund) seien alle Kreise, Industrie und Handel, mit der Geschäftsführung durchaus zufrieden. Nicht eine einzige Beschwerde läge über zu langsamem Arbeiten vor, wohl aber sei der Außenhandelsstelle ohne deren Zustimmung über 100 Anerkennungen für ihr schnelles Arbeiten zuteil geworden. Gegen die unbegründete und gewissenlose Preishebe müsse schärfste Verwahrung eingelegt werden.

Hinsichtlich der Denkmalslieferung wurde in dem Verpflichtungsbuch, den jeder Erporteur vor Erteilung einer Ausfuhrerlaubnis zu unterzeichnen hat, folgende Bestimmung aufgenommen:

„Wir verpflichten uns, spätestens drei Monate — bei Nehergegeschäften spätestens neun Monate — nach Grenzollamtlicher Abfertigung unserer Ware zur Ausfuhr entweder der Reichsbank den Denkmalsbetrag direkt oder durch Vermittlung einer Privatbank zur Verfügung zu stellen oder der Reichsbank den Nachweis dafür zu erbringen, daß die Denkmals zur Bezahlung von zur Einfuhr genehmigten Waren oder zur Bezahlung von im Ausland entkauften geschäftlichen oder Art dritter erforderlich sind. Wird die Vermittlung einer Privatbank in Anspruch genommen, so ist dieser unter Hinweis auf die allgemeinen Bestimmungen der Ausfuhrkontrolle ausdrücklich die tünlichst baldige Weiterleitung der Denkmals an die Reichsbank vorzuschreiben.“

Die Versammlung legte den Begriff „hochgradigste Länder“ in der Weise fest, daß als solche alle diejenigen Länder zu betrachten sind, die eine mindestens dem italienischen Lire gleichwertige Währung aufzuweisen haben bzw. höher als die italienische Währung bewertet und an der Berliner Börse notiert werden. Ein zur Vorlage gebachter Entwurf zu einer Satzungsänderung wurde einem Ausschuss zur Bearbeitung überwiesen. Es wurde beschlossen, daß Mitglieder in den bestehenden Arbeitsausschuss nur aus der Zahl der Vertreter bzw. Stellvertreter der Vollversammlung ernannt werden dürfen.

Im Zusammenhang mit einem gestellten Antrage wurden bezüglich der Ein- und Ausfuhr folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Ausfuhr von Remetall ist verboten und wird nur im Bedarfsfall durch C. erlaubt, d. h. es dürfen von dem zur Veredelung eingesetzten Material 50 Prozent wieder ausgeführt werden. Abfälle und Späne aus unlegiertem Aluminium können zur Einfuhr zugelassen werden im Veredelungsvertrieb 2, bei welchem das veredelte Material an die Veredelfirma wieder zurückgeht. Bei etwaigen Einfuhrerträgen für dieses Material muß der Nachweis des besonderen Bedürfnisses geführt werden. Die Entscheidung über die Rückführstrafe liegt bei der Außenhandelsstelle der Metallwirtschaft (Metallwirtschaftsbund). Die Einfuhr von Aluminiumlegierungen ist verboten.“

Sozialpolitik

Weiterverlagerung der Metallarbeiterschaften in der Sozialversicherung

Die folgenden Zeilen sind besonders für solche Metallarbeiterschaften bezeichnend, die nicht mehr in versicherungspflichtiger Beschäftigung stehen, früher aber in einer solchen gestanden haben.

Wer nun ihnen kann nun von dem Weiterverlagerungsrecht Gebrauch machen? Wie jene, welche vor ihrer Veredelung oder auch später als Diebstahl, Arbeiterinnen usw. pflichtversichert waren und auf Grund dieser Tätigkeiten mindestens 100 Beitragsmarken nachweisen können. Sind außer diesen 100 Beitragsmarken noch mindestens 100 Markten auf Grund der Weiterverlagerung entstanden, dann ist die sogenannte Kartezeit erfüllt, d. h. nach Veredelung von 200 Beitragsmarken kann dem beim Vorliegen der üblichen Voraussetzungen (Javalidität usw.) Anspruch auf Javalidität, Renten usw. Rente erhoben werden. Nun spielt aber noch ein weiterer Faktor eine wichtige Rolle, und das ist die Erfüllung der Anwartschaft. Die Anwartschaft auf Leistungen wird dadurch erworben, daß alle 2 Jahre vom Auszahlungstermin der jeweiligen letzten Karte ab gerechnet, mindestens 20 Beitragsmarken gezahlt sind. Beht nur eine Karte, dann ist die Anwartschaft erfüllt, d. h. alle bis dahin erworbenen Ansprüche sind verfallen. Der Schaden tritt aber in den meisten Fällen unter gewissen Voraussetzungen wieder geholt werden. Und weil wohl die meisten Metallarbeiterschaften, die nach dem Jahre 1912 in die

(zuvor gab es bei der Veredelung die sogenannte Beitragsleistung) von diesem Schaden betroffen wurden, sollen dem Wiederaufleben der erloschenen Anwartschaft noch einige Zeilen gewidmet werden. Vorweg sei bemerkt, daß in der Hauptsache nur den unter 40 Jahren alten Personen durch freiwillige Beitragsleistung sich ihre Rechte wieder erwerben können.

Nun verfährt man in folgender Weise: Man nimmt die etwa noch in Händen befindliche Quittungskarte; wurde diese leitetzeit schon eingeliefert, dann nimmt man sämtliche Aufrechnungsbelegungen und beigt man auch diese nicht mehr, dann geht man eben ohne Papiere zur Ausgabe stelle für Quittungskarten und trägt den Sachverhalt vor und erwirkt von Ausstellung einer neuen Quittungskarte vor und erwirkt Aufrechnungsbelegungen) nach für Angaben notwendige Sicherung. Was beim Nichtvorhandensein von Papieren (Karte, das regelt schon der betreffende Beamte. Ist nun die neue Karte ausgefüllt, dann muß danach getrachtet werden, daß baldmöglichst wieder 200 Markten entrichtet sind. (In jeder Woche darf jedoch nur 1 Marke geleistet werden.) Nach Verwendung dieser 200 Markten lebt die erloschene Anwartschaft wieder auf, d. h. die sämtlichen früher verwendeten Markten kommen mit in Anrechnung und Anwartschaft besteht. Eine wichtige Voraussetzung ist dann noch die, daß innerhalb der bereits erwähnten 20jährigen Anwartschaftszeit mindestens jeweils 20 Markten geleistet werden. Es kann jedoch nur empfohlen werden, mehr Markten zu leisten und möglichst solche der höchsten Lohnklasse, weil dadurch auch eine monatliche höhere Rente erzielt wird. Für diejenigen, welche über 40 Jahre, aber noch nicht unter 60 Jahre alt sind, ist das Wiederaufleben der Anwartschaft durch freiwillige Beitragsleistung schon mit Schwierigkeiten verknüpft, sie müssen nämlich nachweisen, daß sie früher, b. h. vor dem Erlöschen der Anwartschaft mindestens 500 Markten entrichtet haben, außerdem genügen bei ihnen nicht neuerdings 200, sondern mindestens abermals 500 Stück. Also rund 1000 Markten müssen hier zusammen entrichtet sein, ehe mit Erfolg Rentenansprüche geltend gemacht werden können. Für die über 60 Jahre alten Beschäftigten sind ganz besonders harte Bestimmungen hinsichtlich des Wiederauflebens der Anwartschaft gestellt, sie können nämlich durch freiwillige Beitragsleistung die erloschene Anwartschaft nur dann wieder zum Aufleben bringen, wenn sie früher mindestens 1000 Markten entrichteten, ein Nachweis, der nur selten erbracht werden kann. Daß sich die Weiterverlagerung, soweit sie noch zulässig ist, sehr wohl lohnt, mögen die nachfolgenden Beispiele zeigen. Angenommen, es wurden entrichtet 300 Markten 3., 400 Markten 4. und 600 Markten 5. Lohnklasse, außerdem noch 8 Markten der Lohnklasse 5.; Reichtumszuschlag 50 M., Grundbeitrag 360 M., Steigerung (300 mal 8 und 400 mal 10 und 600 mal 12 und 8 mal 180 Pfennig) 150.40 M., Erhöhung 600 M., das gibt zusammen 1160.40 M pro Jahr, gleich 90.70 M monatlich. Wenn Kinder vorhanden sind, erhöht sich die Rente entsprechend. Werden nun Stück der Lohnklasse 5. nachzuweisen, dann würde sich die Rente wie folgt berechnen: Grundbeitrag 360 M., Steigerung (500 mal 180 Pf.) 900 M., Erhöhung 600 M., gibt zusammen 1910 M jährlich, 159.20 M monatlich.

Bekanntmachung

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 26. März der 13. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 26. März bis 1. April.

Verbandsgebiet

Rheinisch-westfälisches Industriegebiet, Unfaire Handlungsweise.

Um dem Krebsgang, der sich im verflochtenen Jahre in einem Mitgliederverlust von 10 000 darstellte, zu steuern, verfaßt der Gewerbeverein deutscher Maschinenbau- und Metallarbeiter (S. D.) auf die Manipulationen des „billigen Jakob“. Es ist bei ihm zur Methode geworden, daß er mit seinen Verbandsbeiträgen 2 Mark und in Einzelfällen noch mehr gegenüber den Beiträgen der anderen Zentralgewerkschaften zurückbleibt. In einer Stadt des Industriebezirks erhob z. B. der Christliche Metallarbeiterverband 9 Mark Beitrag, während sich der Gewerbeverein S. D. noch mit 4.50 Mark begnügte. Diese 100prozentige Unterliefe nutzten die Gewerkschaftsfunktionäre aus und es gelang ihnen auch, „Fortschritte“ zu machen. Wenn aber in einem Jahresbericht des Gewerbevereins deutscher Metallarbeiter innerhalb des rhein.-westf. Industriebezirks diese „Fortschritte“ auf die Tätigkeit der Funktionäre gesetzt werden, „die es verstehen, die Ziele des Gewerbevereins den Mitarbeiter in der Werkstatt immer wieder vor Augen zu führen mit dem Erfolg, daß sich immer mehr Kollegen aus den anderen Lagern zum Gewerbeverein schlagen“, so können bei einem scharfen Beobachter der Verhältnisse derartige Selbstbeweihräuerungen nur ein mitleidiges Lächeln auslösen. Gerade die verschommenen Ziele sind es, die dem Gewerbeverein S. D. längst das Lebenslicht ausgepufft hätten, wenn nicht auch er auf den materiellen Egoismus der Masse spekulierte. Im besagten Bericht ist ein Satz voll und ganz zu unterstreichen, nämlich der, daß „die zur Zeit geltenden Sätze mit den Beiträgen anderer Organisationen auf einer Stufe stehen“. Hier können nur die Arbeiterunion und andere durch die Revolution entstandenen wilden Organisationsformen gemeint sein. Denn in der e. Reihe stellt sich der Gewerbeverein S. D. in Bezug auf seine gewerkschaftlichen Verbandsbeiträge. Sollten aber mit diesem Vergleich die Zentralgewerkschaften gemeint sein, so würde dieses mit einer dreifachen Unwahrscheinlichkeit nicht zu schwach gekennzeichnet sein. Auch aus anderen Gebieten Deutschlands wird das gleiche berichtet. Wenn andere Organisationen billigere Beiträge haben, oder ihre „Schwierigkeiten in der Weise beheben, daß; wer wegen der vielen besonderen Verhältnisse, dann eine billigere Klasse lieben darf, so kann und darf dieses für uns als Sachwalter des christlichen Metallarbeiterverbandes und seiner Belange niemals richtiggehend sein. Grundtätigkeit Erziehung und treueste Erfüllung der gewerkschaftlichen Gebote, gepaart mit hohem Opferwillen, bürgen einzig und allein für gelunden Sinn und einer tatkräftigen Hingabe an die großen Ziele, die uns gestellt und zu deren Erreichung wir im christlichen Metallarbeiterverband berufen sind

Arbeiterentlassungen in der Schwerindustrie des Saargebietes.

Daß man die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes nicht nach politischen Erwägungen umpressen kann, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Saargebiet. Wer allerdings nach dem Saargebiet kommt und sich die überfüllten Vergnügungsjätten ansieht, die schreiende und gefürterende Masse der Frankfurter vor den Banken, die aber zum geringsten Teile der Arbeiterschaft angehört, der glaubt, daß es im Saarlande gut geht. Er sieht nicht, daß es nur eine ganz bestimmte und ziemlich engbegrenzte Schicht der Saarbevölkerung ist, die das Hauptkontingent der die Stätten der Lustbarkeit besuchenden Elemente stellt. Er sieht auch nicht, daß hinter diesem überdernen Karnevalstreiben ein drohendes „Menetekel“ an der Wand des saarländischen Wirtschaftsgebüdes steht. Langsam, aber mit gefährlicher Sicherheit scheint die Industrie des Saargebietes ihre frühere Bedeutung zu verlieren. Betriebsstörungen, Arbeiterentlassungen auf Werken die als ein „roter de bronze“ im Wirtschaftsleben des Saargebietes galten, mehren sich. Nachdem im verflochtenen Jahre die spargeläufig in überwie-

und französischen Besitz übergebenen Mannesmannbetriebe in Haus und Saargebiet-Burbach fast ganz schließen mußten und hunderte von Arbeitern brotlos wurden. freilich es jetzt auf der Dillinger-Hütte. Anfang Februar wurden ungefähr 6-700 Mann entlassen. Der Versuch die Kollegen auf andere Werke unterzubringen war vorläufig erfolglos, da diese Werke mit perschwundenen Voraussetzungen selbst vor der Frage der Arbeiterentlassungen standen. Die Bezirksleitung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes nahm sich sofort der Angelegenheit an und wies besonders in der Presse auf die Folgen der Krise für das ganze Saargebiet hin. In Hiltendorf, Arbeitgeberverband und Regierungskommission wurden Eingaben gemacht besonders an die letztere da zu befrachten war, daß weitere Entlassungen in der Industrie des Saargebietes erfolgen.

Die Eingabe an die Regierungskommission hatte folgenden Wortlaut:

Die ergebenst unterzeichnete Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes erlaubt sich dem Herrn Präsidenten der Regierungskommission folgendes zu unterbreiten:

Seitens der Direktion der Dillinger-Hütte wurde dem Arbeiterausschuß mitgeteilt, daß ca. 4-500 Arbeiter entlassen werden sollen.

Näherdem soll die Schließung der Abteilung zur Herstellung von Schaufeln vorgenommen werden. Durch diese Betriebsstilllegung werden ebenfalls annähernd 100 Arbeiter beschäftigungslos. Die Gesamtzahl der Entlassenen würde dadurch ungefähr 600 Personen betragen.

Regelmäßig weißt man sich der dortigen Arbeiterschaft eine unangenehme Erregung bemächtigt die zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt. Die Arbeiterschaft ist der festen Überzeugung, daß der Geschäftsengang des Dillinger Hüttenkonzers diese, in ihrer Auswirkung geradezu furchtbare Maßnahme keineswegs rechtfertigt. Im Gegenteil, die Hütte steht wohl in der Lage sein muß, von diesen Massenentlassungen Abstand zu nehmen. Es kann auch unferneits nicht zugegeben werden, daß ein vielleicht momentan nicht günstiger Geschäftsgang benützt wird hunderte von Arbeitern und deren Familien den schwersten wirtschaftlichen Nöten auszuliefern. Ist doch durch die im Saargebiet herrschende besonders starke Teuerung die Lage weiter Arbeitertreue ohnehin nicht rosig, so bedeutet Arbeitslosigkeit ohne weiteres direkte Verelendung der davon Betroffenen.

Wir bitten deshalb den Herrn Präsidenten der Regierungskommission die Direktion der Dillinger-Hütte zu veranlassen von den geplanten Entlassungen unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf evtl. zu bringende Opfer Abstand zu nehmen.

Wir glauben uns zu dieser Bitte umso mehr verpflichtet, als das Wirtschaftslieben des Saargebietes Erschütterungen, die sich aus derartigen Massenentlassungen, trotz aller Aufklärung seitens der Organisation, ergeben müssen, nicht ertragen kann.

Nach glauben wir zum Schluß die Bitte um möglichsche Beschleunigung der Sache, im Interesse der Erhaltung des wirtschaftlichen Friedens, aussprechen zu dürfen.

gez.: Christlicher Metallarbeiterverband
P. D.

Auf die Eingabe an die Bezirksleitung erfolgte nachfolgende Antwort welche die Situation im Saargebiet blitzartig beleuchtet:

An den christlichen Metallarbeiterverband, Saarbrücken!

Auf die Ausführungen Ihres Geheuten vom 18. ds. Mts., erwidern wir Ihnen, daß Sie den Ernst der Lage völlig zu verkennen scheinen in welcher sich die Werke an der Saar befinden. Die Schwierigkeiten der Lage trifft besonders ein Werk wie das un-erliche, bei welchem die Kosten der Arbeit und der Kosten einen weitestlich höheren Betrag der Selbstkosten ausmachen wie bei den anderen Werken.

Wir haben infolge dessen durch den schlechten Geschäftsgang des letzten Jahres uns eine gewaltige Schuldenlast aufzubringen müssen, welche auch jetzt noch, wenn auch nur in geringem Umfang, monatlich weiter wächst. Es ist klar, daß ein Werk, welches dauernd gezwungen ist, die Schuldenlast zu erhöhen und Bankkredite in Anspruch zu nehmen, nicht mehr lebensfähig ist. Wenn daher die geplante Erhöhung der Kohlenpreise wirklich eintritt, dann bleibt uns keine Aussicht wieder konkurrenzfähig zu werden und wir müßten zu unserm Bedauern sofort das ganze Werk schließen.

Sollte es aber unseren dauernden Bemühungen gelingen, die maßgebenden Stellen davon zu überzeugen, daß die Saargebiet eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise nicht vertragen kann, so ist damit die Frage noch nicht gelöst. Wir müssen vielmehr auch dann dafür Sorge tragen, daß endlich die Selbstkosten nicht mehr unter den Verkaufspreisen liegen, und dies ist nur zu erreichen, wenn wir bei Aufrechterhaltung der heutigen Erzeugung die Belegschaft um etwa 500 Mann vermindern.

gez. Aktiengesellschaft der Dillinger-Hütte.

Der Bezirksleiter unseres Verbandes sprach nun angesichts dieser Verhältnisse bei den maßgebenden Regierungsstellen, dem Bergbauminister Franken sowie dem Generaldirektor der Regierungskommission Herrn Maurice, vor und erhielt die Zusage, daß die zu entlassenden Arbeiter doch noch in anderen Betrieben untergebracht würden.

Für die Belegschaft der Dillinger-Hütte mögen diese Vorkommnisse eine Warnung sein. Aber auch eine Mahnung, sich unter allen Umständen ihre Organisation nicht von politischen Hanswurschnitzern zerlegen zu lassen. Der lachende Dritte ist der Unternehmer, der dann die Folgen der Wirtschaftskrise ausschließlich auf die Schulden der Arbeiterschaft abladet. Aber auch die Kollegen auf den übrigen Hüttenwerken und in den Betrieben der weiterverarbeitenden Eisenindustrie sollen sich alle diejenigen betrachten, die sie gegen ihre Organisation aufrechten wollen. Vor allem die Vergangenheit dieser Elemente sich beleben und unteruchen, ob sie nicht jetzt, wie in der Vergangenheit, Söldlinge des Kapitals sind.

Organisation und immer wieder Organisation und praktische Gewerkschaftsarbeit, frei von allem parteipolitischen Nebenwerk, muß die Parole für alle denkenden Hütten- und Metallarbeiter des Saargebietes sein.

Stärkerer (Eifel). Am 4. Februar 1922 war unter sehr starker Beteiligung die diesjährige ordentliche Generalversammlung. Kollege Johann Hilgers als Vorsitzender eröffnete und freilich in großen Zügen die Entwicklung der Zahlstelle und das Wirken des Verbandes im Berichtsjahr. Unser Kassierer, Kollege Michaels, erstellte einen übersichtlichen Kassenericht und wurde ihm Entlassung erteilt. In den Vorstand wurden fast sämtliche Kollegen wiedergewählt. Der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle, Kollege Lauterbach, dankte den Funktionären für ihr treues Wirken im verfloffenen Jahre und drückte den Wunsch aus, daß das neue Jahr uns wiederum eine schöne Entwicklung bringen würde. Kollege Lauterbach gab dann den Geschäftsbericht. Ueber Mitgliederbewegung, Kassenericht, Bewegungen und Erfolge gab er in einem längeren Vortrage ein klares Bild. Aufmerksamkeit folgten die Kollegen den Ausführungen und so zeigten die Kollegen, daß sie ein tieferes Verständnis für ihren Verband an den Tag legen, wie es leider nicht überall ist. — Nach einer regen Diskussion legte Kollege Lauterbach die Notwendigkeit einer starken Erhöhung der Beiträge an Hand von diesem Material so überzeugend klar, daß die Zustimmung hierzu einstimmig erfolgte. Am Schluß der Versammlung gab Kollege Hilgers als Lohnkommissionsmitglied einen kurzen Bericht über die letzte Lohnbewegung und fand der wieder eine Steigerung des Existenzminimums darstellende Abschluß ebenfalls einstimmige Zustimmung. Der Vorsitzende dankte allen Kollegen für ihr gutes Verhalten während des letzten Jahres und erteilte erneut auf zur Mitarbeit in unserem schönen Verbande. Der zwei verstorbenen Kollegen wurde noch durch kurzen Nachruf und Aufstehen von den Plätzen gedacht und fand die schon verkündete Beerdigung nach drei Stunden ihren Abschluß. S. G.

Streiks und Lohnbewegungen

Von der Wasserkrante. Die Werftarbeiterchaft ist bei ihrer diesjährigen Lohnbewegung noch einmal am Streik „vorbeigekommen“. Viele Jungen behaupten, die Werksbesitzer hätten diesmal besonderes Interesse daran gehabt, ihre Arbeiter „streiken“ zu lassen. Wir lassen es dahingestellt, inwieweit die Herren Werksbesitzer „Freude“ an einer Arbeitseinstellung auf den Werften erlebt hätten. Schließlich ist ja auch die Arbeiterschaft durch die bisherigen Erfahrungen ein wenig schlauer geworden. Auf „Kommando“ der Unternehmer die Brocken hinauszwerfen ist doch zu gefährlich, als daß man sich solche Extratouren des Offenen leisten könnte. Diese Einsicht ringt sich allmählich bei den Werftarbeitern in allen Werftarten durch. Aber diese wachsende Einsicht — weniger zu „putzen“ — hat auch wieder ihre gefährliche Seite, so widersinnig das auch klingen mag. Diese sogenannte „Einsicht“ hat nämlich mit der „Gefühls“ eine verblühende Neugierigkeit. Daß diese „Gefühls“ jetzt noch zum größeren Teil sich Syndikalisten (Zerstörer des zentralen, gewerkschaftlichen Berufsverbandesgebantens) nennen, ist ja sehr reizvoll, aber nicht an der Tatsache, daß gerade diese Syndikalisten die Werftarbeiter müde gepöbeln haben in diesen „glorreichen“ drei Revolutionsjahren. Unter diesem Gesichtswinkel die bis 1. 4. 22 abgeschlossene Lohnbewegung gesehen, läßt allerdings derartige Schlüsse und Wahnideen zu, wie sie einleitend dieses Artikels gekennzeichnet sind. Am 1. Oktober vorigen Jahres trat bekanntlich der erneuerte (Nies verbleibende) Tarifvertrag in Kraft. Die Gewerkschaften hatten damals nur das Lohnabkommen des alten Vertrages gefürchtet, weil nach Ansicht des soziald. Metallarbeiterverbandes-Vorsitzenden Robert Dismann der Mantelvertrag als einer der „besten“ in Deutschland, so schade sei, um ihn durch Mitfindung vielleicht verbleibend zu erhalten. Die Werksbesitzer wollten aber offenbar nicht diejenigen sein, die das „Beste“ besitzen und schließlich ihrerseits das Gesamtabkommen mit dem Erfolg, den Mantelvertrag tatsächlich in ihrem Sinne abgeändert zu erhalten. Nur der verbleibende Lohnabbau in Höhe von 40-60 Pfennig die Stunde ist ihnen vorbeigelungen. Die vom 1. Oktober 1921 geltenden Löhne erhielten dann durch den Schiedspruch vom 28. 11. 1921 eine weitere Erhöhung von durchschnittlich 2 M die Stunde.

Die Grundlöhne sind ab 1. 12. 1921 für Gelehrte über 20 Jahre in Dreiklasse 7.80-8 M, (Altkordgrundlage 8 M), Angelernte über 20 Jahre 7.30-7.50 M (7.50 M), Angelernte über 20 Jahre 6.80 bis 7 M (7 M). In Dreiklasse II sind beide Lohnarten in allen Stufen um 25 Pfennig niedriger. Für Jugendliche unter 15 Jahren in Dreiklasse I 1.50 M, (Dreiklasse II 1.45 M), 15-16 Jahre 2.50 M (2.40 M), 16-17 Jahre 3.50 M (3.35 M), 17-18 Jahre 4.20 M (4.05 M), 18-19 Jahre 5 M (4.85 M), 19-20 Jahre 5.50 M (5.35 M), für ausgelernte Jugendliche 6.60 M (6.25 M). Außer diesen Zulagen blieb ab 1. Oktober 1921 neu eingeführte Sozialzulage von 50 Pfennig die Stunde für alle über 25 Jahre alten Arbeitnehmer, sowie die Kinderzulage in Höhe von 10 Pfennig die Stunde, weiter bestehen. Jeden Monat sollen dann, wenn eine Partei es beantragt, neue Verhandlungen über die Löhne stattfinden. Aus dieser Bestimmung heraus ergab sich bereits die erste Verhandlung am 28. 12. 1921, die zweite am 13. 1. 1922, die dritte am 27. 1. (Schlichtungsausschuß). Alle diese Verhandlungen verliefen erfolglos, da die Herren Unternehmer eine wesentliche Verteuerung seit Dezember nicht feststellen könnten. Soweit eine solche überhaupt eintrat, sei sei reichlich gedeckt durch die Zulage vom 1. 12. 1921. Durch weitere Verhandlungen am 14. 2. 1922 ließen sich dann doch die Herren Werksbesitzer herbei, ab 1. März 50 Pf. die Stunde anzuliegen und die Sozialzulage um 30 bzw. 10 Pf. die Stunde zu erhöhen. Alle Nichtzwangsmitgliedern sollen aber nichts erhalten. Diese Zugeständnisse lehnten die Arbeiterunterhändler als unzulänglich ab und bemerkten, daß diese Ablehnung imgemäß den offenen Kampf auf den Werften bedeute. (Ob diese Erklärung des Vorsitzers des soziald. Metallarbeiterverbandes tatsächlich klug war, wollen wir nicht unteruchen.)

Am 17. Februar sprachen sich die Zentralvorstände der Werftarbeiterorganisationen für das letzte Mittel — das Reichsarbeitsministerium anzurufen — aus. Die Werksbesitzer erschienen aber nicht zu den Verhandlungen am Schlichtungsausschuß, verlangten vielmehr, daß die Werftarbeiter erst in einer Urabstimmung zu dem 50-Pfennig-Angebot Stellung nehmen sollten. Das geschah denn auch mit dem Erfolg, daß 39 000 Stimmen gegen und nur 1000 Stimmen für das Angebot waren. Nun sollte am 28. 2. 1922 das vom R.A.M. eingeleitete Schiedsgericht erneut zusammentreten. Die Werksbesitzer hatten aber an diesem Tage keine Zeit. Man trat am 1. 3. wieder zusammen und siehe da, die Unternehmer hielten sich nochmals fern. Nun ließ sich der Vertreter des R.A.M., Herr von Müllenbach, nicht mehr einschüchtern, suchte sich einen Hamburger Arbeitgeber als Beisitzer, dazu einen Arbeitnehmer. Ohne Anwesenheit der Werksbesitzer verhandelte dieses 3-Männer-Kollegium und fällte folgenden Schiedspruch: Zu dem Zustand, der durch den Spruch vom 28. November 1921 (siehe oben) die Löhne ab 1. Dez. 1921) geschaffen worden ist, treten in allen Lohnklassen einseitlich die sozialen Zulagen mit Wirkung für den Monat März 20 Prozent Zulage. Für Monat April bedarf es weiterer Verhandlungen. Für die Defektivität ist der Inhalt eines Briefes interessant, den der Vorsitzende dieses Schiedsgerichtes von den Werksbesitzern erhielt und während der Verhandlung zur Berlegung brachte. Der Brief lautete inhaltlich: Sie, die Werksbesitzer, lehnen es ab, vor dem Schlichtungsausschuß zu erscheinen, da das R.A.M. durch sein vorzeitiges Eingreifen verhandelt habe, daß die Werksbesitzer das Unternehmerangebot (50 Pfennig) abgelehnt haben. Diese Ablehnung wäre fieberlich nicht erfolgt, wenn die Arbeiterschaft nicht gewußt hätte, daß doch noch ein Schiedsgericht sprechen würde. Unser Richterlehnen liegt also in dem Worgchen des Reichsarbeitsministeriums begründet. — Das gibt ja recht nette Aussichten für spätere Verhandlungen. Wir gehen nicht fehl, wenn wir vermuten, daß diese Sabotage der Werksbesitzer auf den Wind des Gesamtverbandes der Metallindustriellen in Berlin erfolgt ist. (Eine dankbare Aufgabe für den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Metallindustrie Feststellungen hierüber zu machen).

Branchenbewegung

Walzwerksarbeiter.

Sie haben sich gerettet.

Wenigstens verstanden einige Konfusionsräte des vertriehenen Walzwerksarbeiterverbandes, das den Walzwerksarbeitern plausibel zu machen. In einer besonderen Nummer seines Organs vom Februar 1922 widmet das Revolutionsverbands der Bezirksleitung des 1. Bezirks unseres christlichen Metallarbeiterverbandes fast eine ganze Seite, um seinen Lesern zu veranschaulichen. Wahrscheinlich wurden die letzten Größten zusammengelacht, um die Möglichkeit zu schaffen, die betrogenen Walzwerksarbeiter aufs neue zu betrügen. In dem Letztartikel wird zu diesem „elben“ Zweck behauptet: Burgark, Duisburg, habe in einer Konferenz in Bochum gelagt, die Walzwerksarbeiter verdienen zu viel. Alle Teilnehmer der genannten Konferenz, denen diese Substanz in die Finger fiel, werden beim Lesen den Kopf geschüttelt und erkannt haben, daß mit solchem P... nicht gemeinschaftlich zu arbeiten ist.

In Wahrheit liegen die Dinge folgendermaßen: Als in der begehrteten Konferenz diese Lüge in die Versammlung hineingeworfen wurde und dann Kollege Burgark um den Namen des Verleumders bat, hatte der Bursche nicht den Mut, seinen Namen zu nennen und verabschiedete sich französisch. Diesen Sachverhalt verschweigen die Wahrscheinlichkeiten des Revolutionsklubs, weil er ihnen nicht in den Kram hineinpaßt. Genau so windig sind auch die anderen Behauptungen des Blätterns.

So bringt der wahrheitsliebende Streikfor es fertig, zu bestreiten, daß man den Anlaß an den sozialistischen Metallarbeiterverband gesucht habe. Waren es denn nicht die Vorstandsmittelglieder des Walzwerksarbeiterverbandes, welche anlässlich des Dortmunder Streiks den Bezirksleiter Wolf vom D. M. B. hüten, er möge die Streikunterstützung für die Walzwerksarbeiter zahlen, und sich verpflichten, dann zum D. M. B. überzutreten? Berichtiget nicht die Ortsgruppe Duisburg in der angezogenen Separatnummer, daß auch dort der Anlaß an den D. M. B. gesucht wurde? Wer lesen kann, der lese! Es heißt dort:

„Der große Bruder hat sich mal wieder verrechnet. Es wäre auch ja schön gewesen, wenn wir alle zum Großen übergetreten wären, besonders für die Feinden, die dieses ins Werk gerufen haben, denen winkte ja eine Anstellung für ihren Verrat.“

Wünscht man noch mehr Beweise? Sie können beliebig vermehrt werden. So wird in einem Aufsatz an die Verwaltungsstelle Moers-Hochmertz des Deutschen Metallarbeiterverbandes neben anderem ausdrücklich beklagt, daß Zeller und Pöbana nicht nur den Anlaß an den D. M. B. nachsuchten, sondern sogar im Beisein von Wolf, dem Bezirksleiter des D. M. B. den Übertritt formulierten.

Von Interesse dürfte auch ein Brief sein, welcher von dem Geschäftsführer des Walzwerksarbeiterverbandes Reuper an Pöbana geschrieben wurde. Er lautet wie folgt:

„Gefestigten, den 24. 11. 21.

Deinen Brief erhalten. Teile Dir mit, daß man nicht mehr weiß, wo einem der Kopf steht. Aber auch rein alles klappt nicht. Der Kollege Mathy von Hagen, der die 5000 M nach Düsseldorf, bzw. nach mich schicken wollte, hat dieses bis heute noch nicht erledigt, zudem ist er von Montag morgen 7 1/2 Uhr purlos verschwunden. Angeblüh will er aber soll er nach Düsseldorf gefahren sein, um das Geld abzuliefern. Aber bis heute ist noch kein Lebenszeichen von ihm zu haben gewesen. Kein Mensch weiß, wo er ist. Die Angelegenheit habe ich der Kriminalpolizei übergeben.

Die Kollegen Wagner und Spieß Düsseldorf haben am Mittwoch morgen ohne mein Wissen die Hauptkasse abgehoben bei Konrads, zudem machten sie auch Bemerkungen wegen der Schreibmaschine. Dieses habe ich aber verhindert und tatsächlich war man heute hier bei mir, um dieselbe abzuholen. Ob ich nun am Sonntag bei Euch sein kann, weiß ich noch nicht, da ich wahrscheinlich in Berlin bin. Die Konferenz findet dagegen erst Sonntag in acht Tagen statt. Alles nähere kommt noch, es verbleibt bis dahin mit

Verbandsrat
gez. B. Reuper, Geschäftsführer.

Wenn nun trotz dieser Vorkommnisse in dem Verbandsorgan frech und dreist von Wahrheit und Ehre geredet wird, dann ist das ein starkes Stück und man kann sich vorstellen, wie es mit der Ehrlichkeit bei den Strategen des Walzwerksarbeiterverbandes aussieht.

Zum Schluß sei bemerkt, daß aus allen Orten Berichte einlaufen, wonach Übertritte von Walzwerksarbeiterverband zu verzeichnen sind. Daß wir natürlich nicht sämtliche Leute aus dem Walzwerksarbeiterverband in unseren Reihen gebrauchen können, das bliztten auch diejenigen einsehen, die sich als Jaganant: Früher ausspülten. Wenn nun der Walzwerksarbeiterverband sich kristall, aus unserer Organisation Übertritte bekommen zu haben, dann deshalb, weil er mit niedrigeren Beiträgen haufenweise geht. Den Walzwerksarbeitern legen wir die Frage vor, ob es nicht besser ist, Beiträge zu zahlen, die den Verhältnissen angepaßt sind und eine wirksame Interessenvertretung ermöglichen oder geringe Beiträge zu zahlen, welche nachher unwirtschaftlich verschwendet werden. Für heute wollen wir die Betrachtung schließen und den Wunsch aussprechen, die Strategen des Walzwerksarbeiterverbandes mögen in derselben Form wie bisher weiterarbeiten, dann werden in absehbarer Zeit die handvoll Irreführten den Weg zu den Zentralgewerkschaften wieder gefunden haben. Der christliche Metallarbeiterverband hat seit Alters her es als seine vornehmste Aufgabe betrachtet, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Walzwerks- und Hüttenarbeiter menschenwürdig zu gestalten und große Erfolge auf der ganzen Linie erzielt. Jedenfalls werden die Schreier von heute und die Indifferenten von damals niemals in der Lage sein, solche Erfolge aufzuweisen.

Gold- und Silberarbeiter.

Schwäbisch-Gmünd. Am Montag, dem 30. Januar, fand hier selbst im Vereinshaus eine stark besuchte Versammlung der hiesigen Gold-, Silber- und Juwelenarbeiterchaft statt. Verbandssekretär Kollege Mauer, Duisburg, von der Hauptleitung des Verbandes, hielt einen Vortrag über die Zukunftsaufgaben der Arbeiterbewegung. Redner besprach dabei u. a. den Stand der Arbeiterbewegung, wie der Sozialversicherung und die wichtigsten Reformen hierzu. Insbesondere sei von Bedeutung die Anerkennung der gewerkschaftlichen „Berufs-“ oder „Gewerbetrankeiten“ als Betriebsunfall. Die Vorbereitung hierzu sei im Gange. Die in der Edel- und Unedelmetallindustrie beschäftigte Arbeiterschaft sei an der Lösung dieser Frage aufs lebhafteste interessiert, was Redner näher begründete. Gewerkschaftssekretär Kollege Baumhauer, Schwäbisch-Gmünd, behauptete alsdann die Folgen der langjährigen Beherrschung der Gold- und Silberarbeiter, insbesondere der Juwelenarbeiter, Jäger und Grubeure. Aus seiner reichen praktischen Erfahrung und Tätigkeit verstand es der Redner, die Anregungen des Referenten zu unterstützen. Beide Ausführungen fanden lebhaften Beifall und wurden durch die Aussprache noch weitlich ergänzt. Folgende Entschliessung, die dem Reichsarbeitsminister überhandt wurde, fand einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, Verwaltungsstelle Schwäbisch-Gmünd, erkennt an, daß auf Anregung der christlichen Gewerkschaften die Ausdehnung der gesetzlichen Unfallversicherung auf gewerbliche „Berufs-“ oder „Gewerbetrankeiten“ vorbereitet wird. Die in dem Gold-, Silber- und Juwelengewerbe, wie in der Unedelmetallindustrie beschäftigte Arbeiterschaft wird nun ebenfalls durch die Ausübung ihres Berufes in ihrer Erwerbsfähigkeit erheblich beeinträchtigt. Insbesondere durch die immerwährende Anstrengung des Augenlichtes, welches zu Kurzsichtigkeit, zum Verlieren der Augenkraft usw. führt. Die Versammlung erwartet deshalb, daß bei der Übertragung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufsstände die Verhältnisse der benannten Arbeiterschaft berücksichtigt werden. Umso mehr auch, als plötzliche Betriebsunfälle nach der bisherigen Auffassung weniger vorliegen, hingegen die Betriebsgefahr in den genannten Berufen erst auf längere Zeit, Leben und Gesundheit beeinträchtigen. Somit ist auch die Leistungsfähigkeit des Unfallversicherungsträgers gegeben. Ferner ersucht die Versammlung, daß diese berechtigten Forderungen mit größter Beschleunigung durchgeführt wird.“ Nach einem begeisterten Schlusswort des Referenten, in welchem derselbe nochmals aufhorberte, auch durch die Selbsthilfe und durch Stützung des Christlichen Metallarbeiterverbandes diesen Betriebsgefahren zu begegnen, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen. Es liegt nunmehr an unsere Kolleginnen und Kollegen selbst, diesen Worten die Taten folgen zu lassen und allwärts in der nachdrücklichsten Weise für diese Forderung und für die weitere Erhaltung unseres Verbandes und für eine lebendige Betätigung an unserer Sache einzutreten.

Neu erschienen:
Ritter Taschenbuch
für den Dreher und Schlosser des Maschinenbaues. Mit vielen Tabellen und Abbildungen. A. Ritter, Obernigk bei Breslau. Preis geb. 15 M. und Versandkosten.

Tüchtige Monteurs
für Fuhrwerks- und Waggonwagen sowie Seilzugwagenbau sofort gesucht.
Ottensor Waagenfabrik
Albert Eszmann & Co., 48 Altona-Ottensor, Barmstr.

Für unsere Betriebsräte

Die „Verantwortung“ des Rätewesens

Schreit der „deutschen Arbeiter-Zeitung“ außerordentlich schwer im Magen zu liegen. In seiner Nr. 10 vom 5. März widmet das Blatt dem mehr oder minder verdeckten Kampf gegen die Betriebsräte mehr als eine ganze Seite seines „kostbaren“ Platzes. Wir würden an den ganzen Darlegungen vorübergehen, wenn sie als perlächerliche Auslassungen zu bemerken wären das sind sie indes nicht, sondern symptomatische Auswirkung eines Geistes, den wir besonders in unserer jetzigen Lage für

ein nationales Unglück

halten. Dieser, unerschütterte Scharfmachergeist weht zwischen den Zeilen, in denen die Arbeiter-Zeitung die verantwortungsbeachtete Einwirkung der Organisationen auf die Betriebsräte hämisch glorifiziert, von der Unvernunft und Verantwortungslosigkeit derselben spricht, gegen das Betriebsrätegesetz im allgemeinen und gegen die neuerliche Erweiterung desselben erbittert Front macht und die geistige Unreife des Arbeiterstandes „schlusstellen“ beliebt. Einen solchen Geist — wir wiederholen es — können wir nicht mehr gebrauchen.

Wir verstehen es gewiss, daß die Arbeiter-Zeitung und mit ihr viele Arbeitgeber auf die neuen Verhältnisse, die eine wesentliche Minderung der Arbeiterrechte bedeuten, nicht besonders gut zu sprechen sind. Wir wissen auch, daß viele Arbeiter, gebildet von der Minderung ihrer Rechte die damit Hand in Hand gehende Erweiterung des Pflichtenkreises verurteilen oder gar mißbilligen. Der Arbeiter-Zeitung indes und den von ihrem Geist erfüllten Unternehmern müssen wir jedes moralische Recht zur Kritik der falschen Arbeiterstimmung absprechen. Gerade sie hätten allen Grund, einmal den

Ursachen der besagten Stimmung

in manchen Arbeiterkreisen nachzuspüren, die letzten Endes doch nur als erbärmliche Auswirkung ihrer eigenen Praxis anzusprechen ist. Oder glaubt jemand im Ernste, daß all dieser Radikalismus, wie er sich äußert in verwerflichen Rufen und sinnlosen, Woff und Witzschäft schädigenden Streiks, hätte auskommen können ohne Ursache? Nein! Den Boden zum Aufkommen und zur Explosion dieser Stimmung haben die Arbeitgeber selbst vorbereitet. Indem wir das feststellen, verkennen wir nicht die hohe Bedeutung der Unternehmerpersönlichkeit im Wirtschaftsleben. Wir haben aber auch keine Veranlassung, jene antisoziale Strömung im Unternehmerlager zu übersehen, die leider auch heute noch vielfach herrschend ist, die an Menschenwert und Menschenwürde der Arbeiter fast und achillos verübertreibt und der die freie Arbeiterpersönlichkeit ein Dorn im Auge ist. Als Interpreten dieser Gedankengänge haben wir die „Arbeiter-Zeitung“ sehr oft kennen gelernt. Die aufreizende und erbitternde Wirkung einer solchen „Wertung“ des Arbeiterstandes müßte den

Philosophen der Arbeiter-Zeitung

eigentlich bekannt sein. Genau so wenig Verständnis haben viele Arbeitgeber bezgl. der materiellen Existenzmöglichkeiten des Arbeiterstandes. Eine wunde Kammerorgel beherrscht ja meist das Wirtschaftslieben. Mit kalter Berachtung ging ein recht großer Teil der Unternehmer vorbei an all dem Glend, das sich im Gefolge einer glänzenden Wirtschaftsentwicklung in der Arbeiter-Zeitung bemerkbar machte. Und auch heute noch zeigt sich dieser ungeliebte Geist. Obwohl unsere Industrie im allgemeinen trotz aller Ungunst der Verhältnisse nicht klagen kann und sehr wohl in der Lage wäre, der ungeheuren Notlage in den Arbeiterkreisen zu steuern, durch entsprechende Lohngestaltung die gewaltige Teuerung etwas zu mildern, geht man oft achillos und fast über die Not hinweg, bringt sogar den Mut auf, die Steigerung dieser Not zu

leugnen und verurteilt mit leichter Geste und dem hastigen Hinweis auf die angebliche Not der Industrie allzu oft berechnete Arbeiterforderungen. Und dabei werfen die Unternehmungen Gewinne aus, wie nie. Und wenn dann in der Not der Arbeiter zum Streit greift, dann zetert man entsetzt über die Verantwortungslosigkeit der Arbeiter, oder glorifiziert hämisch die Machtlosigkeit der Gewerkschaften. Nein in sehr vielen Fällen tragen die Unternehmer selbst die Schuld an den entbrannten Wirtschaftskämpfen, weil ihre Praxis jenen Geist, der Triebkraft dieser Kämpfe war, erst eingefleht. Gerade die „Arbeiter-Zeitung“ die sich aufschmelzend zur Pflegsche dieses Scharfmachergeistes

besonders berufen fühlt, hat wahrhaftig keine Veranlassung, mit heuchlerischem Augenaufschlag auf die Sünden der Arbeiter hinzuweisen.

Daselbe gilt auch bezgl. der geistigen „Unreife“ der Arbeiter bei Erledigung ihrer gesetzlichen Aufgaben, von welcher die „Arbeiter-Zeitung“ zu sprechen beliebt. Wenn sich solche Unreife zeigt, dann tragen doch in erster Linie jene Arbeitgeber ein vollgerichtetes Maß von Schuld an diesen Zuständen, welche die Voraussetzungen zu einer geistigen Weiterbildung der Arbeiter mit Nachdruck und vielleicht auch in wohlbedachter Absicht bis bekämpft haben. Ein Arbeiter, der 10, 12 und oft noch mehr Stunden in den Diensten der Industrie gezwungen war, dessen Körperkräfte recht oft geradezu überspannt wurden, kann schließlich nicht mehr die physische Kraft zur Erweiterung seines Wissens aufbringen. Und wenn sich nun nicht von heute auf morgen die glänzende Wirkung der jetzt möglichen Bildungsarbeit zeigt, dann haben gerade die Arbeitgeber kein Recht, das zu beklagen. Im übrigen sind wir hier von guter Zuversicht. Zunächst beweisen die zahlreichen Führer im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben, die aus der Arbeiter-Zeitung hervorgingen,

die große geistige Kraft unseres Standes.

Wenn jene Arbeiter unter schwierigeren Verhältnissen in unermüdlichem Selbststudium sich ein großes Wissen aneigneten, dann ist es heute höchlich möglich, diese geistige Kraft des Arbeiterstandes zur schärfsten Entfaltung zu bringen. Auch im Arbeitgeberlager ist kein Meister vom Himmel gefallen.

Jedenfalls trägt der Geist, der die ganzen Auslassungen der „Arbeiter-Zeitung“ durchweht, nicht zur

Gesundung der Verhältnisse

bei. Bei der Wiederaufrichtung unseres Wirtschafts- und Wirtschaftslebens ist die Arbeiter-Zeitung ein unerwünschter Faktor. Ihre ganze Kraft wird sie freudig aber erst dann einsetzen können, wenn ihre Rechte, ihre Menschenwürde und ihr Anspruch auf menschenwürdige Existenz überall, auch von den Unternehmern anerkannt und geschützt werden. Diesem Ziele, das schließlich dem ganzen Volke frommt, strebt insbesondere unser christlicher Metallarbeiterverband, geschützt auf den guten Geist seiner Mitglieder, mit sachlicher Energie zu.

Es wird um so eher erreicht, je mehr unsere Kollegen und Kollegen sich einlegen für eine machtvolle Stärkung unseres Verbandes. Gerade die jetzt bevorstehenden Betriebsrätewahlen geben unsern Mitgliefern reichlich Gelegenheit zur Betätigung in diesem Sinne. Allen Gegnern zum Trotz wollen wir unsere Pflicht tun bis zum letzten Mann und mit Metallarbeiterenergie und Fähigkeit unsern Einfluß in den Betriebsräten nachhaltig zu steigern suchen.

Durch Kampf zum Sieg!

M. F.

die auf einschlägigem Gebiet viel weiter und an erster Stelle gingen als unser Betriebsrätekongreß.

Den würdigen Verlauf der Tagung kann die „Freiheit“ selbst nicht ganz abtun, indem sie wenigstens von „wertvollen Ausführungen in Detailfragen“ spricht, trotzdem spricht sie von „Widerstandslosigkeit“, „Unmöglichkeit“ und „Vergehen“ der christlichen Gewerkschaften. Das alles sind Phrasen, wenn sie auf unsere Bewegung angewendet werden, denn die Tatsachen laufen den entgegengesetzten Weg.

Die Annahme des Betriebsrätekongresses des sozialistischen Metallarbeiterverbandes, der sich fälschlicher und nach gegenwärtigen Umständen, Kongreß für die „Metallindustrie“ belog, mußte zurückgewiesen werden. Auf unserem Betriebsrätekongreß ist praktische und gute Arbeit geleistet worden, die dem Betriebsrätegesetz und der Metallarbeiter-Zukunft nützlich werden wird. Phrasen, Schlagworte und das Klammern in lustigere Regionen, das alles überlassen wir den Leuten der „Freiheit“. Wenn wir dann den Erfolg unserer Arbeit sehen und letztere nur Wirrwarr und Verwirrung, so bedauern wir dieses gewiß, aber ihr Reid und ihr Schlappen läßt uns kalt!

Ortsberichte

Bezirk Stuttgart.

Am Sonntag, den 29. Januar fand in Stuttgart eine Betriebsrätekonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands für den Bezirk Südwestdeutschland statt. Aus allen Teilen des Bezirks (Baden, Württemberg, Pfalz) hatten die Betriebsräte des Christlichen Metallarbeiterverbandes ihre Vertreter entsandt. Bezirksleiter Adolf Gengler eröffnete die Tagung, auf die Schönen und großen Aufgaben der Zeit hinweisend. Gewerkschaften und Betriebsräte sind berufen, in dem Wiederaufbau große Arbeit zu leisten. In das Büro wurden berufen: als Vorsitzende Bezirksleiter Gengler (Stuttgart) und Betriebsrat Jung (Mannheim), als Schriftführer Zielmann (Lauchertal), Spring (Weingarten), als Beisitzer und Kommissionen Fischer (Singen), Schiele (Wasseralfingen), Straßer (Kaiserlautern).

Ueber die gemeinschaftliche Lage im Bezirk und die Betriebsrätevertretungen sprach Bezirksleiter Gengler. Verbandssekretär Mauer (Duisburg), Delegiert für das Betriebsrätewesen an der Zentrale des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands sprach instruktiv und wirkungsvoll über das Betriebsrätegesetz, Tätigkeit und Aufgaben der Betriebsräte. Das Gesetz, die Wirtschaftslage, Erfahrungen der Betriebsrätepraxis und die daraus zu erhebenden Forderungen wurden eingehend erläutert. Die Grundsätze des Betriebsrätegesetzes sind gegen die Anstürme zu verteidigen, gegen Unternehmervorfälle wie gegen radikal-johannitische Betriebsräte. Wahre Arbeitsdemokratie muß herrschen. Beim Verlassen von Betriebsräten muß gegen unbillige Entlassungen ein Einspruchsrecht beim Schlichtungsausschuß gefordert werden. Die Betriebsrätemaßnahmen sollen statt alljährlich nur alle zwei Jahre vorzunehmen sein. Die Stellung des Betriebsobmannes im Klein-gewerbe muß eine Erweiterung erfahren. In der Betriebsrätepraxis ist eine nüchterne gewerkschaftliche Taktik erforderlich, Schulung in den Fragen der Betriebsrätepraxis, der Wirtschaft.

Die Aussprache war sehr reichhaltig und überaus dankenswert. Sachlichkeit und Gründlichkeit, wie Kürze, womit die Betriebsräte selbst ihre Ansichten zum Ausdruck brachten. An der Aussprache beteiligten sich: Metz (Schramberg), Jung (Ludwigshafen), Bögl (Gmünd), Kaiser (Wörzheim), Spring (Weingarten), Schiele (Wasserburg), Dreher (Cannstatt), Fischer (Singen), Zielmann (Lauchertal), Genger (Gehlingen), Knoll (Schuffertied), Scheiger (Göppingen), Jung (Mannheim), Armbruster (Tübingen), Schiele (Wasseralfingen). Sodann sprach als Volkswirtschaftler Dr. Rimmich (Stuttgart) über Wirtschaftslage und Wirtschaftsbildungen. Ausgehend von der Lage Deutschlands durch Krieg und Friedensvertrag sprach der Redner die Fragen des Wiederaufbaues, Arbeitsleistung, Lohnpolitik um dann auf die großen Wirtschaftsbildungen der Gegenwart, die Konzerne überzugehen. Bedeutung, Vor- und Nachteile der Konzernbildungen wurden scharf umrissen und dankte lebhafter Beifall dem Redner für seine populär-wirtschaftlichen Darlegungen. In nachfolgenden Entschuldigungen brachte die Konferenz, als Ergänzung zu den Beschlüssen des ersten Betriebsrätekongresses des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands im Dezember 1921 in Duisburg ihre Stellungnahme zum Ausdruck.

1. Entschließung zur Betriebsrätefrage:

Die Betriebsrätekonferenz des Bezirks Südwestdeutschlands des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands bedauert das Verhalten der Arbeitgeberverbände und weiter Arbeitgeberkreise zum Betriebsrätegesetz sowie zur Betriebsrätepraxis. Die von der Arbeitgeber-Zeitung ausgehende Loyalität bei der Durchführung des Betriebsrätegesetzes ist nur zum Teil beachtet worden. Ferner wird der Arbeitsgemeinschaftsgedanke, der bei der Regelung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorherrschend sein soll, und zu welchem sich die Arbeitgeber-Zeitung Deutschlands durch den Abschluß der Zentralgemeinschaft vertraglich verpflichtet hat, in der Betriebsrätepraxis von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, nicht beachtet. Von Arbeitgeberverbänden wie von manchen Arbeitgebern wird weiter in der Öffentlichkeit wie in den Betrieben gegen das Betriebsrätegesetz sowie die Betriebsrätepraxis gehandelt und versucht, die Arbeitnehmerrechte abzuschwächen und abzubauen. Die Konferenz verurteilt dieses Verhalten auf das entschiedenste, um so mehr auch als die allgemeine Wirksamkeit des Betriebsrätegesetzes wie der Betriebsrätepraxis, mit Ausnahme der Ausartungen weniger radikaler Räte, keinen berechtigten Einfluß dazu gegeben haben.

Von der Gesetzgebung, wie von den zuständigen Aufsichtsbehörden, verlangt die Konferenz, daß die Durchführung des Betriebsrätegesetzes wie seine Vertreter nachdrücklich gefordert werden. Ferner ist der Verhandlungsinhalt des Betriebsrätegesetzes durch Zwangsbestimmungen zu erweitern, weil die Arbeitgeber in all den fraglichen Fällen eine Vertagung ablehnen.

Die Konferenz erwartet von der Arbeiter-Zeitung, daß sie überall geschlossen hinter ihren gewählten Betriebsräten steht, sie schützt und durch Mitarbeit unterstützt. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, eine Rückendeckung im Christlichen Metallarbeiterverband zu haben. Vornehmste Aufgabe aller Mitglieder ist es, denselben zu fördern durch Zuführung von Mitgliedern, durch gewerkschaftliche Betätigung, durch Stärkung der Finanzen, die dem Verbande bei notwendigen Aktionen die innere Stohkraft verleihen.

2. Entschließung zur Frachtbelastung der Industrie.

Die Betriebsrätekonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes des Bezirks Südwestdeutschlands in Stuttgart am 29. Januar 1922 weist Regierung und Volksvertretung auf die steigende Sonderbelastung der süddeutschen Industrie durch die hohen Frachten für die wichtigsten Roh- und Betriebsstoffe hin. Die Konferenz bezeichnet als ein unerbittliches Erfordernis, daß durch eine bessere Gestaltung der Staffellarife für die wichtigsten Rohstoffe und für Kohlen ein bester Kostenausgleich erfolgt und Schädigungen der süddeutschen Industrie und Arbeiter-Zeitung gemindert werden.

Kollegen auf die Schanzen zu den Betriebsrätewahlen

Rundschau

Betriebsräte und politischer Radikalismus.

In einem Artikel „Zwei Jahre Betriebsrätegesetz“ bemerkt Clemens Körpel, Berlin, im „Vorwärts“ (1922, 12. Dez.): „Der Streit „selbständige Betriebsräteorganisationen“ oder „Betriebsräte und Gewerkschaften gehören zusammen“, kann als Überwindung gelten und die Erkenntnis, daß nur die Gewerkschaften Träger der Betriebsräte sein können, hat sich ohne weiteres aus der Entwicklung der Verhältnisse von selbst ergeben und ergeben müssen. Die alte Erfahrung, daß selbst die besten Gesetze wertlos sind, wenn nicht starke Körperkräfte sich für ihre Durchführung einsetzen, ist auch durch die Revolution nicht widerlegt worden und heute ist es einfach eine Selbstverständlichkeit, daß die Betriebsräte nur dann arbeitsfähig sind und sein können, wenn sie in der Lage sind, sich auf starke Gewerkschaften zu stützen. Auch die Auffassung, daß die Betriebsräte Träger einer neuen Wirtschaftsform sein werden oder können, hat sich als nicht richtig erwiesen. Träger einer neuen Wirtschaftsform kann nur die Arbeiterklasse als solche sein, niemals aber nur eine bestimmte Schicht in der Arbeiterklasse, wie ja auch England zeigt, daß man den Sozialismus nicht in die Tat umsetzt, wenn eine kleine Schicht, und seien es selbst Kommunisten, die große Mehrheit des Volkes diktatorisch beherrscht. Deshalb werden auch die Betriebsräte nicht als solche, sondern nur als Klassenbewußte Arbeitnehmer an der Durchführung des Sozialismus mitarbeiten können.“ — So ganz einfach, wie Körpel die Dinge schildert, liegen sie nun doch nicht. Die von radikal-politischer Seite kommenden Bemühungen, die Betriebsräte auf Kosten der Gewerkschaften herauszuheben, sind auch heute noch nicht ausgestanden und werden auch so schnell nicht aufhören. Der politische Radikalismus wird sich weiter als das schwerste Hindernis für eine verständnisvolle Zusammenarbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften erweisen.

Konzernbildung der Betriebsräte.

Aus dem industriellen vertikalen und horizontalen Wertschöpfungsmechanismus hat sich im Laufe des letzten Jahres mit einer gewissen Folgerichtigkeit eine Konzernbildung der Betriebsräte ergeben. Ueber die hieraus sich für die Gewerkschaften ergebenden Probleme schreibt Dr. Franz Schürholz in einer eben im Volkswirtschaftswörterbuch erschienenen, umfangreichen Schrift über „Entwicklungsbedingungen in deutschen Wirtschaftszweigen zur herausgehobenen Organisation und ihre soziale Bedeutung“ u. a.: „Was schon die Erfassung der Räte durch die Gewerkschaften keine leichte Aufgabe, so liegt in der unvollständigen Eingliederung dieser „vereinigten Betriebsräte“ (die Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften vollzieht sich nach Industriegruppen), die keine Industriegruppenmehr kennen, in den Gesamtorganisationen (d. h. die Berufsorganisation der Arbeitnehmer), der die Einheit der einzelnen Betriebsräte aller Berufe und Betriebe, der gesamten Produktion, der Lohnpolitik und der allgemeinen sozialen Verhältnisse in sich konzentriert darstellt, kann, ein bedeutendes Organisationsproblem. Hier, wo die Konzentrationsentwicklung vom Werk zur Industrie von den

beruflichen Teilhabern am Produktionsprozeß in einer arbeitspolitischen Organisation, die sich überraschend schnell natürlichen Formen ihres Wirkens schuf, mitgemacht wird, bieten sich besondere Aspekte, (Ausblicke), die von den großen gewerkschaftlichen Berufsorganisationen bald erkannt werden und in die feste Hand ihrer zentralen Regelung kommen müssen. Der organisatorische Aufbau der Gewerkschaften wird deshalb in der Richtung eine Veränderung erfahren müssen, daß ein engeres Zusammenarbeiten der Betriebsräte bei einzelnen Industriegruppen und Betrieben geschaffen wird. Das Gesetz, das der Zusammenfassung der Gesamtwirtschaft, der Zentralisation, eine weitgehende Dezentralisation zu entsprechen hat, kann, analog der Kompetenzverteilung innerhalb der Rätebetriebe, deren Unterabteilungen mit Zunahme des Konzernumfanges eine steigende Selbständigkeit erfahren, dem Rahmen des wirtschaftlichen Tätigkeitsbereiches der Gewerkschaften die Grenzen zeichnen. Als Zentrum der Gestaltungsstärke sind die Gesamtorganisationen der Gewerkschaften aber mindestens so lange eine absolute Notwendigkeit, als die Berufskräfte, die Wähler genossenschaftlicher Wirtschaft, den Krankheitskörper einer abgeordneten Arbeiterklasse nicht haben ausstoßen können.“ — Diese Ausführungen der Schrift dürften deswegen besondere Beachtung verdienen, als der Verfasser aus einer Unternehmerfamilie stammend, auch für die Lage und Interessen der Arbeiter ein feines, weitreichendes Verständnis entwickelt.

Die U.S.P. „Freiheit“ und unser Betriebsrätekongreß.

Die praktischen Arbeiten und der gute Verlauf unseres ersten Betriebsrätekongresses sind der unabhängigen Berliner „Freiheit“ anheimelnd schwer auf die Nerven gefallen. Denn in ihrer Nr. vom 27. Januar schimpft sie darüber, was das Zeug nur halten kann. Sie spricht von „Anklage“ in den Köpfen der christlichen Metallarbeiter, von „christlichen Konfessionsräten“, daß eines Tages „die Stunde der christlichen Gewerkschaften geschlagen“ habe und leistet sich auch sonst allerhand Schändel.

So ist es nicht wahr, daß uns unsere „christliche Gewinnung“ hindert, bei der Schaffung von starken gewerkschaftlichen Organisationen, um damit den Druck des Unternehmertums zu paralisieren. Vielmehr ist des Gegenteil der Fall! Denn gerade durch unsere christliche Ueberzeugung finden wir Kraft, Stärke und den richtigen Weg zur nachhaltigen Interessensvertretung der Arbeiter-Zeitung.

Daß wir „grundständig mit sozialistischen Organisationen jedes gemeinsame Vorgehen“ ablehnen: es wurde auf unserm Kongreß nur bezüglich der Betriebsräte-wahlen darüber gesprochen, was aber die „Freiheit“ meißelt — dieses wollen hoch auch die Sozialisten aller Schattierungen und haben sie selbst diese Stellungnahme veranlaßt. Denn im Auftrag zur Betriebsrätewahl vom 2. Februar 1921, den die sozialistische Betriebsrätezentrale des U. D. G. B. und des U.S.P. Bundes erließen, und der auch die Unterschrift der „Freiheit“ Leide Dikmann, Aufsührer usw. trägt, heißt es ausdrücklich: „Jedes Kompromiß mit Gewerkschaften, die nicht dem U. D. G. B. und dem U.S.P. Bund angehören, ist im Interesse der Einheit der Bewegung und unserer Kampfkraft gegenüber den Unternehmern unter allen Umständen auszu-schließen.“ So spricht also die „Freiheit“ ihre eigenen Namen,